



Warum nicht ein Betreuungstreik?

Von der Initiative Uni Göttingen Unbefristet*

In: *express*

Bereits seit 2017 ist an der Universität Göttingen die Mittelbauinitiative »Uni Göttingen Unbefristet« aktiv. Als Resultat jahrelanger öffentlichkeitswirksamer Arbeit hat es die Initiative erfolgreich geschafft, die zentrale Forderung nach Entfristungen im akademischen Mittelbau in der lokalen Öffentlichkeit zu platzieren, darüber hinausgehende Erfolge blieben jedoch bislang aus. Um sich abermals Gehör zu verschaffen und den Handlungsdruck zu erhöhen, wurde am Institut für Soziologie beschlossen, neue Formen des Protests auszuprobieren: Zum Ende des Wintersemesters 2024/25 trat ein Großteil des Mittelbaus in einen vorerst unbefristeten Betreuungstreik. Seitdem werden keine neuen Abschlussarbeiten zur Betreuung angenommen.

Gefordert werden unmittelbar: eine weitere unbefristete Postdoc-Stelle am Institut für Soziologie mit ausreichendem Qualifikationsanteil, zudem die Entfristung wissenschaftlicher Nachwuchsstellen (faktisch) ohne Qualifikationsanteil. Mittelfristig wird außerdem die Ausarbeitung einer Entfristungsstrategie der Fakultät für Sozialwissenschaften gefordert. Hierbei sollen konkrete Zeiträume definiert werden, in denen Maßnahmen umgesetzt werden, die darauf abzielen, die derzeit befristet Beschäftigten der Fakultät sukzessive in nicht-prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Aktuell beobachten wir, dass die Universität Göttingen noch nicht einmal vor dem Hintergrund eigener Rahmensetzungen entfristet. So werden die Mittel des »Zukunftsvertrags Studium und Lehre« (ZSL), die explizit auch für Dauerstellen gedacht sind, zu diesem Zweck bestenfalls zögerlich eingesetzt. Selbst das willkürlich durch das Präsidium festgelegte Ziel, 40 Prozent der Mittel für Entfristung zu verwenden, wird nicht erreicht. Der Streik zielt mit seinen Forderungen einerseits auf die Umsetzung bestehender Vorgaben und andererseits auf einen allgemeinen Ausbau von Dauerstellen an der Fakultät und Universität ab.

Von der Idee zur Aktion: Wie sind wir vorgegangen?

Ausgangspunkt der Organisation war ein Positionspapier, in dem eine Kerngruppe von Aktiven des Instituts für Soziologie die aktuelle Lage, mögliche Forderungen, das Mittel eines Betreuungstreiks und einen möglichen Zeitplan skizziert hatte. In mehreren Runden wurde das Papier in- und außerhalb der offiziellen Mittelbauversammlungen beraten. Diskussionspunkte waren insbesondere die Forderungen und wie der Streik umzusetzen ist. Einigkeit gab es dagegen bei dem Instrument des Betreuungstreiks. Über Bedenken und Ängste (auch bzgl. etwaiger Sanktionen) wurde sich offen ausgetauscht, um diesen kollektiv zu begegnen. Auf einer Mittelbauversammlung wurde letztlich einstimmig für die Unterstützung der in dem anonym gehaltenen Positionspapier¹ aufgestellten Forderungen gestimmt. Im Nachgang wurde

¹ Die Erklärung wurde auf dem Blog dokumentiert: Uni Göttingen Unbefristet (2024): Protest der wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Instituts für Soziologie; <https://www.uni-goettingen-unbefristet.de/protest-der-wissenschaftlichen-mitarbeitenden-des-instituts-fuer-soziologie/>.

die Teilnahme an der darin angekündigten Nichtübernahme von Betreuungsleistungen explizit und individuell bei allen wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen abgefragt, um eine sichtbare und wechselseitige Verlässlichkeit herzustellen. Die intern vereinbarte Mindestbeteiligung von 50 Prozent wurde dabei weit übertroffen.

Parallel wurden mehrere Treffen mit studentischen Vertretungen organisiert, bei denen für Solidarität geworben wurde. Ziel war es, die Studierenden als Erstes über die Aktion zu informieren. Zudem wurde die Protestform Anfang Dezember 2024 in Form einer Verteilung der Erklärung an Kolleg:innen auf der Personalversammlung angekündigt. Die Versendung einer Info-Mail der Fachschaft an alle Studierenden des Instituts, die den Hintergrund und den Plan des Protests erläuterte, wurde vom Dekanat verhindert. Um Fehlinformationen und Unsicherheiten bei den Studierenden vorzubeugen, informierten die Fachschaft und andere studentische Gruppen via Social Media. Ergänzend nutzte der Mittelbau seine Lehrveranstaltungen für die Bekanntmachung und Diskussion des Streiks. Zusätzlich berief die Interessenvertretung der Studierenden eine offizielle studentische Vollversammlung ein, bei der Mittelbau und Studierende über den Protest und seine Gründe diskutierten.

Via Mail wurde die Aktion bei Institut, Dekanat und Unileitung angekündigt. Zeitgleich wurden lokale und überregionale Medien informiert, die verschiedene Berichte veröffentlichten.² In den folgenden Wochen wurden ergänzende Treffen mit Kolleg:innen aus anderen Instituten der Fakultät geführt, wobei viele Teilnehmende Sympathien bekundeten. Reaktionen der Unileitung blieben aus. Das Dekanat suchte zunächst nur den Kontakt zu den Mittelbauvertretungen, um sich über die Aktion zu informieren. Zuletzt signalisierte die Dekanin jedoch Interesse auch an einem Austausch mit den wissenschaftlichen Mitarbeitenden.

Offenbar gibt es jedoch Schwierigkeiten, aus der Eigenlogik der Gremien auszubrechen, um auf anderen Wegen in Gespräche mit den Mitarbeitenden zu treten. Zum Protestbeginn verteilten wir unsere Erklärung und ein gemeinsam mit den Studierenden aufgesetztes FAQ bei Kaffee und Snacks auf dem Campus. Teil des FAQs war die Aufforderung, sich mittels einer von uns aufgesetzten Mailvorlage bei Dekanat, Unileitung und Ministerium zu beschweren und sich mit unseren Forderungen zu solidarisieren.

Chancen und Herausforderungen der Aktion

Der Betreuungstreik bewegt sich in einer rechtlichen Grauzone (und wird daher in der offiziellen Kommunikation auch nicht als solcher betitelt). Die herrschende Rechtsdeutung erlaubt keine Streiks außerhalb tariflicher Auseinandersetzungen und die sogenannte »Tarifsperr« im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) schließt die Verbesserung der Befristungssituation durch Tarifverträge aus. Gleichzeitig sehen wir in der Nichtbetreuung einen möglichen Hebel für betriebliche Auseinandersetzungen. Betreuung und Begutachtung sind oft nicht klar in Tätigkeitsbeschreibungen formuliert, was Sanktionierung zwar nicht gänzlich ausschließt, aber erschwert. Eine Abmahnung etwa bedarf der Nichtbefolgung einer konkreten Anweisung durch Vorgesetzte, spezifische Abschlussarbeiten zu betreuen. Gleichwohl erlauben die persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen des feudalen Lehrstuhlsystems deutscher Universitäten, dass unmittelbarer Druck durch Vorgesetzte auch jenseits formaler Sanktionen ausgeübt wird.

Dieser Herausforderung wurde mit der Anonymität der Teilnehmenden des Streiks begegnet. An keiner Stelle wurde kommuniziert, wer sich konkret an der Aktion beteiligt und niemand war als Rädelsführer:in zu identifizieren. Damit gab es aber zugleich keine klaren Ansprechpersonen, und die Organisationseinheiten der Universität zeigen Widerwillen, mit Zusammenschlüssen fern der offiziellen Gremienstruktur zu kommunizieren. Bei der Mailadresse der Unbefristet-Initiative, die als Kontaktmöglichkeit angegeben wurde, ist bisher noch keine direkte Mail von zentralen Entscheider:innen eingetroffen.

Auch wenn weite Teile des Instituts sowie der Fakultät Verständnis für die Forderungen äußerten, wurde insbesondere das gewählte Protestinstrument des Betreuungstreiks kritisiert

² Siehe z.B. Pauli, Ralf (2025): Prekäre Arbeitsbedingungen an Unis. Ein Institut probt den Aufstand. In: taz vom 5.2.2025; <https://taz.de/Prekaere-Arbeitsbedingungen-an-Unis!/6063659/>.

oder nach Rechtfertigung dafür verlangt. Ähnlich den Pflegestreiks wurde der Aktion vorgeworfen, partikulare Interessen auf dem Rücken der wehrlosen Betroffenen, in unserem Fall der Studierenden, zu verfolgen. Hilfreich war, dass sich vonseiten der Studierenden vielfach solidarisiert wurde bis hin zu aktiver Unterstützung in Form von Informationsflyern und -ständen und immer wieder gemeinsam deutlich gemacht wurde, dass bessere Beschäftigungsbedingungen vor allem auch den Studierenden zugutekommen. Ebenso musste wiederholt kommuniziert werden, dass der Protest nicht darauf zielt, in den Verteilungskampf der Institute um Fakultätsmittel zu intervenieren. Als Initiative des Instituts für Soziologie betonten wir immer wieder, dass der Protest auf die Einrichtung von Dauerstellen abzielt, die ebenso an anderen Instituten angesiedelt sein könnten.

Eine stärkere fakultätsweite Vernetzung und Ausweitung des Protests auf andere Institute kann diesen Tendenzen entgegenwirken und auch die bisherigen Versuche des Dekanats, den Protest als institutsinternen Konflikt zu rahmen, entkräften. Als Reaktion auf unseren Protest wurde die Professor:innenschaft vom Dekanat dazu gedrängt, gegenüber den Studierenden eine Betreuungsgarantie zu kommunizieren und so versucht, durch Mehrarbeit der Professor:innen den Streikeffekt auszugleichen. Damit steigt gleichsam die Gefahr von Konflikten innerhalb einzelner Lehrbereiche. Die Professor:innen befinden sich in einer interessenpolitischen Zwischenposition, zeigen sich teilweise solidarisch mit dem Mittelbau, aber sehen sich gleichzeitig als direkte Vorgesetzte mit der Forderung konfrontiert, den Druck des Dekanats weiterzugeben oder durch Mehrarbeit vorübergehend auszugleichen.

Wie geht es jetzt weiter?

Ein Protest ist legitim, auch ohne klare Auswege oder eine Frist für sein Ende zu präsentieren. Gleichwohl zielen viele Reaktionen auf genau diese ab und auch für die Streikenden ist relevant, wie und wann die Aktion gesichtswahrend endet. Erst recht, weil die trägen Strukturen der Großorganisation Universität mitunter keine schnellen Entscheidungen über neue Stellen erlauben. Wir planen mehrere Evaluationen sowie einen kontinuierlichen Austausch mit den Studierenden, um über die Bedingungen der Weiterführung des Streiks zu beraten.

Erstmals im deutschen Wissenschaftssystem nutzt die Aktion das Streikinstrument, um einen Arbeitskampf zu führen, mit dem Ziel, universitären Befristungspraktiken etwas entgegenzusetzen. Für dessen Realisierung bedurfte es insbesondere einer sozial und politisch engen Kerngruppe, die die Organisation vorbereitete und antrieb. Notwendige Gremienarbeit, um Veränderungen auf fakultärer und universitärer Ebene durchzusetzen, wird damit nicht ersetzt, aber komplementär unterstützt, um strukturell benachteiligte Mittelbauthemen und -akteur:innen zu stärken. So hat der Protest sehr erfolgreich die Frage nach Dauerstellen auf die Agenda von Institut und Fakultät gesetzt und eine fakultätsweite Vernetzung des Mittelbaus entlang der Frage von Entfristungsprozessen angestoßen. Daran gilt es anzuknüpfen, mit dem Ziel, dass sich der Protest ausweitet und Kolleg:innen sich aktiv gegen prekäre Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen organisieren. Auch im Hinblick auf die Tarifverhandlungen der Länder Ende 2025 hoffen wir, dass die Aktion motivierend und aktivierend für gewerkschaftliche Selbstorganisation wirkt.

express im

unter: www.express-afp.info
express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12
